

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 836846 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Dr. Vera Rüdiger zu einem bundesweit einmaligen Projekt in Bremen zur beruflichen Eingliederung: Eine Chance für psychisch Kranke.

Seite 1

Horst Isola zur Notwendigkeit, unsere Rechtsordnung gegen den Stammtisch zu verteidigen: Sechs Argumente gegen den finalen Todeschuß.

Seite 3

Arne Börnsen MdB zu einer Reise des Finanzausschusses des Bundestages in das südostasiatische Land: Vietnam sucht Kooperation mit dem Westen.

Seite 5

44. Jahrgang / 140

25. Juli 1989

### Eine Chance für psychisch Kranke

Zu einem bundesweit einmaligen Projekt in Bremen zur beruflichen Eingliederung

Von Dr. Vera Rüdiger

Gesundheitssenatorin der Freien Hansestadt Bremen

Schwierig, wenn nicht nahezu aussichtslos ist es für viele psychisch Kranke, im Berufsleben Fuß zu fassen. Oft ist ihre Laufbahn gekennzeichnet durch häufige Arbeitsplatzwechsel, geringe Berufserfahrung, Abbruch von Ausbildungen und lange Zeiten der Arbeitslosigkeit. Ein zusätzliches Hindernis ist die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt. In Bremen werden jetzt neue Wege in der beruflichen Rehabilitation für seelisch kranke Menschen beschritten.

Im Oktober läuft hier ein Projekt zur Eingliederung in das Erwerbsleben an, das bundesweit einmalig ist und 30 Menschen einen differenzierten Einstieg in eine berufliche Tätigkeit ermöglichen soll. Das Konzept, das im Gesundheitsressort der Freien Hansestadt Bremen entwickelt wurde, ist auf drei Jahre angelegt und kostet 2,3 Millionen Mark. Die Finanzierung kommt zur Hälfte aus dem Sozialfonds der Europäischen Gemeinschaft, zur anderen Hälfte aus nationalen Mitteln.

Kleinbetriebe und überschaubare mittelständische Firmen bilden den Rahmen, in dem berufliches Lernen stattfinden soll. Die Unternehmen, die an diesem beispielhaften Vorhaben mitwirken wollen, erklären ihre Bereitschaft, für den geplanten Drei-jahres-Zeitraum Plätze für Hospitanten und Praktika, Einarbeitung und Arbeitstraining zur Verfügung zu stellen. Ziel ist dabei die Entstehung fester Arbeitsverhältnisse.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussäule 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet keine  
mit verbotenen Kunststoffen  
hergestelltes Papier



Natürlich werden die Unternehmen in dieser Aufgabe nicht alleingelassen. Sie bekommen vielfältige Hilfen für den Umgang mit den seelisch Kranken an die Hand, die so ihren Weg in eine geregelte Berufstätigkeit finden sollen. Gelder für Investitionen zur Bereitstellung der entsprechenden Arbeitsplätze, für praxisorientierte Lernmittel und für die theoretische Ausbildung sind ein Aspekt. Mindestens ebenso wichtig ist die Begleitung der Betroffenen durch Fachkräfte aus dem Projekt, die auch den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Betriebe bei möglichen Schwierigkeiten und Konflikten hilfreich zur Seite stehen.

Träger der Maßnahme ist das Zentralkrankenhaus Bremen-Ost, das über seine Psychiatrische Klinik bereits über große Erfahrung in der vorbereitenden beruflichen Rehabilitation psychisch Kranker verfügt. Das Krankenhaus wird eng mit der Werkstatt Bremen (für Behinderte) zusammenarbeiten. Für die Betriebe laufen nach dem Ende der Projektphase die allgemeinen gesetzlichen Finanzhilfen zur Wiedereingliederung Behinderter in das Erwerbsleben weiter. Auch der betriebliche Beratungsdienst soll danach noch weitergeführt werden.

Wir sehen in diesem neuen Ansatz eine große und erfolgversprechende Chance, seelisch kranke Menschen in das Berufsleben zu integrieren. Wir sind davon überzeugt, daß die Betroffenen in kleinen und mittleren Betrieben durch die vorgesehenen Hilfestellungen ihren festen Platz finden können.

(-/25.7.1989/vo-he/rs)

### Sechs Argumente gegen den finalen Todesschuß

Zur Notwendigkeit, unsere Rechtsordnung gegen den Stammtisch zu verteidigen

Von Horst Isola

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer  
Juristinnen und Juristen (ASJ)

Grundsatz ist: Polizeirecht ist konkretisiertes Verfassungsrecht.

Die Polizei muß die Verfassungsordnung glaubhaft darstellen, indem sich polizeiliches Handeln an der Wertordnung des Grundgesetzes orientiert.

Hieraus folgt:

1. Die Grundgesetzartikel 2 Absatz 2 (Recht auf Leben) und 102 (die Todesstrafe ist abgeschafft) verbieten jede absichtliche Tötung eines Menschen durch den Staat.

Das menschliche Leben stellt innerhalb unserer Grundrechtsordnung einen Höchstwert dar; dies gilt für jedes Leben schlechthin. Dies macht die moralische Position des Grundgesetzes aus. Das GG kennt auch nicht die „Verwirkung“ des Lebens, zum Beispiel von Straftätern. Das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Abtreibungsurteil (1975): „Der Schutz des einzelnen Lebens darf nicht deswegen aufgegeben werden, weil das an sich achtenswerte Ziel verfolgt wird, andere Leben zu retten. Jedes menschliche Leben... ist als solches gleich wertvoll.“

2. Der Polizist ist Zivilist, nicht Soldat.

Der finale Todesschuß unterscheidet sich von der auch dem Polizeibeamten zustehenden strafrechtlichen Nothilfe dadurch, daß der Dienstvorgesetzte diesen Schuß befehlen kann (hoheitliche Maßnahme); eine solche Weisung würde gegen Artikel 4 GG (Gewissensfreiheit) verstoßen.

3. Die Einführung des finalen Todesschusses würde die Hemmschwelle des Schußwaffeneinsatzes empfindlich senken:

- a) Während die strafrechtliche Nothilfe nur im Fall eines gegenwärtigen, das heißt unmittelbar bevorstehenden, Angriffs zulässig ist, genügt beim staatlichen Todesschuß bereits eine Gefahr.

b) Nothilfe darf nur geleistet werden, wenn die Geisel - mutmaßlich - damit einverstanden ist; der finale Todesschuß dagegen kann auch gegen den erklärten (!) Willen der Geisel abgegeben werden; damit wird zugleich auch das Leben der Geisel zur Disposition gestellt.

4. Die Einführung des finalen Todesschusses ist auch unter polizeitaktischen Erwägungen abzulehnen.

Die zur Lösung einer Geiselnahme erforderliche Geeignetheit des Todesschusses ist mehr als zweifelhaft; die Erfahrungen zeigen, daß solche Schußwaffeneinsätze in einem Blutbad enden können (1971 Fall Rammelmayer, 1972 Geiselnahme bei den Olympischen Spielen mit 17 Toten!). Die Vielzahl der unblutigen Lagebewältigungen zeigt die Überlegenheit der sogenannten Kommunikations- beziehungsweise Verhandlungslösungen.

5. Die Einführung des finalen Todesschusses würde nicht nur die Einsatzkonzeption der Polizeien völlig verändern (Vorrang des Schußwaffeneinsatzes von Verhandlungslösungen). Auch die verfassungsgemäße Gestaltung polizeilichen Handelns würde gefährdet, weil die Handlungs- und Problemlösungskompetenz der Polizeibeamten auf Gewaltlösungen eingengt würde; damit wäre zugleich der Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt.

Die Professionalität der Polizei würde in Frage gestellt.

6. Das Versagen der Polizei im Fall der Gladbecker Geiselnahme muß ein Überdenken der Aus- und Fortbildung zur Folge haben mit dem Ziel, die Kompetenz der Polizeibeamten zu erweitern, das heißt ihnen die Fähigkeit zu vermitteln, gefährliche Lagen durch Argumentation, Kommunikation und Intelligenz zu lösen. Die Einführung neuer Rechtsgrundlagen zum Erschießen von Straftätern ist keine Lösung in einem demokratischen Rechtsstaat.

Es gilt jetzt, die moralische Stärke unserer Rechtsordnung gegen die gegenwärtig hochgehenden Stammtischemotionen zu verteidigen.

(-/25.7.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

### Vietnam sucht Kooperation mit dem Westen

---

Zu einer Reise des Finanzausschusses des Bundestages in das süostasiatische Land

Von Arne Börnsen MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Eine Delegation des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, in der Mitglieder aller vier Bundestagsfraktionen vertreten waren, ist von einem Besuch der SR Vietnam nach Bonn zurückgekehrt. Sie hat in Vietnam zahlreiche interessante und aufschlußreiche Gespräche geführt. Unter anderem ist sie mit dem vietnamesischen Ministerpräsidenten Do Muoi, dem Präsidenten der Nationalversammlung, Le Quang Do, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen in der Nationalversammlung, Hoa, sowie mit hochrangigen Vertretern des Ministeriums für Außenwirtschaftsbeziehungen, der Nationalbank und des staatlichen Planungskomitees zusammengetroffen.

Die Gespräche haben gezeigt, daß Vietnam die politische und wirtschaftliche Kooperation mit den westlichen Industriestaaten sucht. Nach jahrzehntelangen kriegerischen Auseinandersetzungen und wirtschaftlichen Niederlagen durch eine stark ausgeprägte staatliche Planwirtschaft setzt dieses Land, das zu den ärmsten Staaten der Welt gehört, auf eine Wirtschaftspolitik, die den Betrieben ein großes Maß an Selbständigkeit einräumt. Eigeninitiative der Menschen und der Unternehmungen werden wieder gefördert. Die ersten positiven Auswirkungen dieser wirtschaftlichen Neuorientierung sind für den Besucher Vietnams offenkundig, denn viele Klein- und Familienunternehmen, Genossenschaften und Kooperativen beleben heute das Bild der vietnamesischen Städte.

Die vietnamesischen Gesprächspartner der Delegation haben immer wieder und mit großem Nachdruck betont, daß das Land zur Verbesserung seiner wirtschaftliche Lage den Zufluß ausländischen Investitionskapitals benötigt, um zu einer durchgreifenden Modernisierung seiner Wirtschaft zu gelangen. Sie haben auf das seit 1988 wirksame Investitionsförderungsgesetz verwiesen, das unter anderem ausländische Investitionen vor Konfiszierungen und Verstaatlichung sichert und einen Gewinn- und Kapitaltransfer ins Ausland erlaubt.

In Ergänzung des Programms wurde die Delegation am 13. Juli auch vom Vorsitzenden des Ministerrates, Ministerpräsident Do Muoi, empfangen.

Die Delegation begrüßte Bemühungen Vietnams, die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik zu reformieren. Dies sei sowohl bezüglich des beschlossenen Investitionsgesetzes als auch bei den Bemühungen deutlich geworden, der Staatsbank eine ähnlich autonome Stellung zuzuerkennen, wie sie die Deutsche Bundesbank gegenüber der Bundesregierung einnimmt.

Ministerpräsident Do Muoi bestätigte die Politik der Öffnung und forderte die Unternehmen in der Bundesrepublik auf, die Vorreiterrolle bei dem wirtschaftlichen Aufbau Vietnams einzunehmen. Das Land wolle abgehen von der bisherigen Priorität für die Schwerindustrie und sich verstärkt der Produktion von Lebensmitteln und Konsum- und Exportgütern widmen.

Wir wiesen auf den Zusammenhang zwischen Kambodschakonflikt und bundesdeutscher Wirtschaftshilfe hin. Wenn Vietnam - wie angekündigt - zum September '89 seine Truppen abziehen und wenn außerdem eine Einigung hinsichtlich einer Berlin-Klausel gefunden wird, steht der Aufnahme verstärkter wirtschaftlicher Beziehungen nichts im Wege.

Unwidersprochen blieb die Interpretation, daß mit der Ankündigung des Regierungschefs Kambodschas Hun Sen zu einer „immerwährenden Neutralität“ der Freundschaftsvertrag zwischen Kambodscha und der SR Vietnam abgelöst worden sei.

Ministerpräsident Do Muoi bestätigte, daß Vietnam seine Truppen abziehen werde, daß Kambodscha in der Lage sei, seine Probleme selbst zu lösen, daß das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, auch der Südostasiens gelte und daß Vietnam den Frieden für diese Region wünsche. Dazu gehöre auch ein entspannteres Verhältnis zu den USA und zur VR China.

Die Delegation des Finanzausschusses sieht nach Beendigung des Friedensprozesses mit Kambodscha die Notwendigkeit der Aufnahme deutscher Entwicklungshilfe für Vietnam, um infrastrukturelle Bedingungen zu verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dies insbesondere angesichts der Bereitschaft des Westens, auch andere RGW-Länder, so die UdSSR und Polen, in ihren Reformbemühungen zu unterstützen.

Notwendig ist jedoch auch eine größere Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft in Südostasien. Die vietnamesischen Gesprächspartner wiesen insbesondere auf die geringen Arbeitskosten, die verbreiteten deutschen Sprachkenntnisse und die zum Teil gute Ausbildung der Arbeitnehmer hin.

(-/25.7.1989/vo-he/rs)

\* \* \*